



ARMUT UND SOZIALE UNGLEICHHEIT: DEUTSCHE UND FRANZÖSISCHE HERAUSFORDERUNGEN

HINTERGRUNDPAPIER

Armutsbekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Innerhalb der europäischen Gesellschaften hat sich im Laufe der Zeit der Konsens herausgebildet, dass Unterschiede im Lebensstandard, Einkommen und Vermögen innerhalb einer Gesellschaft nur bis zu einem gewissen Grad akzeptabel sind. Demnach ist es die Verpflichtung des Gemeinwesens, jedem seiner Mitglieder minimale menschenwürdige Lebensbedingungen zu ermöglichen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat sich seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Wohlfahrtsstaat entwickelt, der die Bürger im Falle bestimmter Schicksalsschläge unterstützt und zwischen den Armen und den Reichen innerhalb der Gesellschaft umverteilt und so soziale Ungleichheiten reduziert. Nichtsdestotrotz bestehen in den relativ wohlhabenden europäischen Gesellschaften materielle Ungleichheiten, die beträchtliche Auswirkungen haben, was die Realisierung von Lebensentwürfen, politische und soziale Teilhabe, aber auch den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft betrifft.

Definitionen und Dimensionen

Wenn man bezogen auf europäische Gesellschaften von Armut spricht, handelt es sich in der Regel nicht um extreme Armut, die laut Definition der Weltbank im Weltmaßstab jene Menschen betrifft, die umgerechnet von weniger als 2 US-Dollar am Tag leben. Vielmehr handelt es sich in Europa um *relative* Armut, die sich aus dem Vergleich mit dem Rest der Bevölkerung ergibt. Als *armutsgefährdet* gelten demnach jene Personen, deren Einkommen sich auf weniger als 60 Prozent des Medians beläuft, was in Deutschland und Frankreich in etwa einem monatlichen Nettoeinkommen von 900 – 950 EUR für eine alleinstehende Person entspricht.¹ Auch Ungleichheit wird in der Regel über die Verteilung von Einkommen gemessen, die der sogenannte Gini-Koeffizient erfasst. Er nimmt umso höhere Werte an, je ungleicher Einkommen innerhalb einer Gesellschaft verteilt ist. Vermögen ist dabei in der Regel ungleicher verteilt als Einkommen (siehe auch statistischer Anhang).

Neuere Entwicklungen in Deutschland und Frankreich

In vielerlei Hinsicht ist die Situation in Deutschland und Frankreich ähnlich. In beiden Ländern trägt ein umfassendes staatliches Transfersystem zur Reduzierung von Ungleichheiten bei. Zudem stehen beide

¹ Der Median beschreibt die Mitte der Einkommensverteilung, d.h. das Einkommen jener Person, die genau in der Mitte der Verteilung liegt: 50 Prozent der Bevölkerung verdienen weniger, 50 Prozent der Bevölkerung mehr.

Länder vor ähnlichen Herausforderungen bezüglich der Bekämpfung des Armutsrisikos bestimmter Bevölkerungsgruppen. Hierzu zählen alleinerziehende Eltern, kinderreiche Familien sowie Bürger mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig stehen Deutschland und Frankreich in den vergangenen Jahren aber auch für unterschiedliche Herangehensweisen, was die Bekämpfung von Armut betrifft.

In Deutschland hat man in den vergangenen Jahren versucht, das Armutsrisiko zu reduzieren, indem man möglichst viele Menschen in Arbeit brachte. Im Rahmen der sogenannten Hartz-Reformen wurden Sozialleistungen gekürzt und Formen der geringfügigen Beschäftigung ausgebaut. Insgesamt hat dies zu einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit beigetragen (von über 10 Prozent auf unter 5 Prozent) gleichzeitig aber auch zur Ausweitung eines Niedriglohnssektors („working poor“) geführt sowie insgesamt zu einer zunehmenden Lohnspreizung innerhalb des Landes. Dies hat auch zur Folge, dass im Alter nicht alle Menschen mit ihrer Rente über der Grundsicherung liegen, was sich derzeit in den Debatten um eine solidarische Lebensleistungsrente niederschlägt.

In Frankreich hingegen hat man die unteren Einkommensklassen in den vergangenen Jahrzehnten durch einen relativ hohen Mindestlohn geschützt und der Sozialstaat fing die Arbeitslosen mit recht großzügigen Leistungen auf. Gleichzeitig stößt dort der Wohlfahrtsstaat aber an seine finanziellen Grenzen und die Arbeitslosenquote stagniert auf hohem Niveau (über 10 Prozent). Dies stellt für breite Bevölkerungsgruppen ein erhebliches Armutsrisiko dar und wirft die Frage nach deren sozialer Teilhabe auf. Vor allem gering qualifizierte Menschen bleiben dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und viele junge Menschen hangeln sich von einem befristeten Arbeitsverhältnis zum nächsten, oftmals mit Vertragslaufzeiten von weniger als drei Monaten.

Leitthesen

- Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit erschöpft sich nicht in der Sicherung eines minimalen materiellen Lebensstandards. Vielmehr handelt es sich um ein multidimensionales Problem und muss deshalb auch in allen Facetten betrachtet werden.
- Geht die Schere zwischen arm und reich innerhalb einer Gesellschaft auf, kann dies zum Auseinanderbrechen der Gesellschaft führen. Dies ist mit erheblichem Konfliktpotenzial verbunden, gegen das politisch vorgegangen werden sollte.
- Besonders problematisch sind Ungleichheiten, wenn die Chancen innerhalb einer Gesellschaft ungleich verteilt sind. Sind soziale Positionen nicht einfach „vererbt“, sondern Ausdruck individueller Entscheidungen, so sind Ungleichheiten eher akzeptabel.
- Mehr staatliche Umverteilung ist nicht immer die Lösung. Anstatt auf bestehende Ungleichheiten mit staatlichen Transfers zu reagieren und damit eine Abhängigkeit vom Staat zu schaffen, setzt kluge Politik bei der Bekämpfung bestimmter Ursachen an. Eine wichtige Rolle spielen dabei die frühkindliche Förderung sowie das Bildungssystem, die einen erheblichen Beitrag zur Chancengleichheit leisten können.
- Mit welchen Maßnahmen und in welchem Umfang gegen Armut und soziale Ungleichheiten vorgegangen wird, ist letztlich eine Frage politischer Grundwerte, insbesondere hinsichtlich der Reichweite individueller versus kollektiver Verantwortung aber auch was, die Realisierung von Chancen- versus Ergebnisgleichheit betrifft.

Dieses Hintergrundpapier des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) ist im Rahmen der Deutsch-französischen Dialoge: „Wie zukunftsfähig sind unsere Sozialstaaten?“ entstanden, eine Kooperation der Bertelsmann Stiftung und der Französischen Botschaft in Berlin.